



Liebe Klinik-kompakt-Leserinnen und -Leser,

über fleißige Gesundheitsminister ist an dieser Stelle schon öfters gesprochen worden. Jens Spahn hat dabei offenbar den Anspruch mindestens genauso viele Gesetze und Verordnungen auf den Weg zu bringen wie sein Vorgänger Hermann Gröhe. Allein dieses Jahr sind mit dem GKV-Versichertenentlastungsgesetz, dem Pflegepersonalstärkungsgesetz, dem Terminservice- und Versorgungsgesetz und dem Arzneimittelversorgungssicherungsgesetz vier große Gesetzgebungsverfahren angestoßen und teilweise auch zum Abschluss gebracht worden. Nächstes Jahr stehen zumindest die Themen E-Health und Morbi-RSA auf der gesetzgeberischen Agenda. Da die Weihnachtszeit ja als eine beschauliche Zeit gilt, sollte an dieser Stelle einmal zurückgeblickt werden, ob denn die etwas zurückliegende Gesetzgebung tatsächlich umgesetzt wurde.

Da wäre zum Beispiel das Krankenhausstrukturgesetz (KHSg) aus der letzten Legislaturperiode. Mit ihm verbunden ist eine der größten Krankenhausreformen der letzten Jahrzehnte. Das KHSg besteht im Wesentlichen aus zwei Teilen, einem Finanzierungs- und einem Qualitätsteil. Während die Finanzierungsthemen weitgehend abgearbeitet sind, werden die Qualitätsvorgaben des KHSg viel zu langsam und halbherzig umgesetzt. „Der feste Wille zu einer Verbesserung der Versorgungsqualität ist in der aktuellen Krankenhausgesetzgebung der Großen Koalition, aber auch in der Krankenhausplanung der Bundesländer nicht mehr erkennbar“, kritisierte der Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbandes, Martin Litsch zu recht während der Vorstellung des „Qualitätsmonitors 2019“. Besonders schleppend ist die Umsetzung bei Mindestmengen und den Qualitätsindikatoren für die Krankenhausplanung (Plan-QI). So will zum Beispiel nur jedes dritte Bundesland die Plan-QI automatisch anwenden, die der Gemeinsame Bundesausschuss (GBA) zur Unterstützung der regionalen Krankenhausplanung entwickelt hat. Bei den Mindestmengen gibt es ein ähnliches Bild. Während führende Fachgesellschaften für Brustkrebs-OPs mindestens 100 Eingriffe jährlich fordern, kommt ein gutes Drittel der Kliniken kaum auf 20 Fälle pro Jahr. Diese Art von Gelegenheitschirurgie hat Folgen. Zu viele Kliniken mit geringer Erfahrung wagen sich an komplexe Therapien und gefährden damit die Patientensicherheit. Wohl gemerkt: Es geht hier um Behandlungen, die in der Regel planbar sind und bei denen ein nachweisbarer Zusammenhang zwischen Fallzahl und Qualität besteht. Diese Behandlungen sollten nur in Kliniken durchgeführt werden, die damit Erfahrung haben und über die nötigen Strukturen verfügen. Genau das lässt sich durch Mindestmengen steuern. Es stellt sich deshalb die Frage, wenn es schon eine Gesetzesflut gibt, warum dann nicht auch ein Krankenhausstrukturgesetz II, durch das die Fristen für die verpflichtende Umsetzung der Plan-QI deutlich verkürzt und die Prozesse, auch bei der Einführung neuer Mindestmengen, im GBA beschleunigt werden.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen und Ihren Familien ein besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr.

Mit freundlichen Grüßen aus dem AOK-Bundesverband
Patrick Garre (AOK-Bundesverband)

News aus dem Krankenhaus

DRG-ENTGELTSYSTEM >>

PSYCH-ENTGELTSYSTEM >>

BUDGETVERHANDLUNGEN >>

TRANSPLANTATION >>

AKTUELLE GESETZGEBUNG >>

PUBLIKATION >>

WEITERE INFORMATIONEN >>



■ DRG-ENTGELTSYSTEM

DIMDI stellt Anforderungen an Komplexbehandlungen klar

(11.12.18) Das Deutsche Institut für medizinische Dokumentation und Information (DIMDI) hat zum OPS 2019 einige Anforderungen an die Geriatrische frührehabilitative Komplexbehandlung und die neurologische Komplexbehandlung des akuten Schlaganfalls klargestellt. Zudem sind die Vorschlagsverfahren für OPS und ICD 2020 eröffnet.

DRG-System 2020: Vorschlagsverfahren eröffnet

(03.12.18) Das Vorschlagsverfahren zum DRG-System 2020 ist eröffnet. Bis zum 31. März 2019 nimmt das Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK) Vorschläge für das Jahr 2020 entgegen. Ziel ist die kontinuierliche Weiterentwicklung und Anpassung des Systems.

InEK veröffentlicht weitere Dokumente zum aktuellen DRG-System

(09.11.18) Das Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK) hat die aktuelle Kommentierte Migrationstabelle und die Änderungen bei der Gewichtung von Nebendiagnosen auf seinen Webseiten zur Verfügung gestellt.

DIMDI veröffentlicht neuen Mustersatz zur Kodierung Seltener Erkrankungen

(07.11.18) Das Deutsche Institut für medizinische Dokumentation und Information (DIMDI) hat den Mustersatz aus dem nationalen DIMDI-Projekt „Kodierung von Seltenen Erkrankungen“ für das Jahr 2019 veröffentlicht. Der Datensatz steht auf den Webseiten des Instituts für den Download bereit.

■ PSYCH-ENTGELTSYSTEM

PEPP-Vorschlagsverfahren für 2020 eröffnet

(04.12.18) Ab sofort nimmt das Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK) Vorschläge zum pauschalierenden Entgeltsystem für psychiatrische und psychosomatische Einrichtungen (PEPP) für das Jahr 2020 entgegen. Ziel ist die kontinuierliche Weiterentwicklung und Anpassung des PEPP-Systems. Einsendeschluss ist der 31. März 2019.

Definitionshandbuch und Hinweise zur Leistungsplanung für PEPP-System 2019 verfügbar

(13.11.18) Das Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK) hat das Definitionshandbuch PEPP-Version 2018/2019 veröffentlicht. Außerdem stehen die Hinweise zur Leistungsplanung und Budgetverhandlung für das PEPP-System 2019 bereit.

■ BUDGETVERHANDLUNGEN

AEB-Psych-Vereinbarung 2019 abgeschlossen

(14.12.18) Die Selbstverwaltungspartner auf Bundesebene haben die Vereinbarung zur Weiterentwicklung der Aufstellung der Entgelte und Budgetermittlung gemäß der Bundespflegesatzverordnung abgeschlossen. Die AEB-Psych-Vereinbarung 2019 und die dazugehörigen Formulare stehen zum Herunterladen bereit.

FDA um weitere drei Jahre verlängert

(28.10.18) Der Fixkostendegressionsabschlag (FDA) bleibt über 2018 hinaus für weitere drei Jahre bei 35 Prozent. Das hat der Bundestag mit dem Gesetz zur Stärkung des Pflegepersonals beschlossen. Der FDA ersetzt den bisher vereinbarten Mehrleistungsabschlag und verlagert die Degression auf die Ebene der einzelnen Krankenhäuser.



■ TRANSPLANTATION

Neue Pauschalen für Organtransplantationen

(17.12.18) Die Pauschalen zur Vergütung von Organtransplantationen für das Jahr 2019 stehen fest. Je transplantiertes Organ erhalten die Entnahmekrankenhäuser im kommenden Jahr 18.903 Euro, mit Flugtransport erhöht sich der Betrag auf 28.029 Euro. Das haben die Deutsche Stiftung Organtransplantation (DSO), die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) und die Bundesärztekammer mit den Spitzenverbänden der Krankenkassen vereinbart.

Zahl der Organspender gestiegen

(27.11.18) Nach einem Rückgang in den vergangenen Jahren ist die Zahl der Organspender wieder gestiegen. Bis Mitte November wurden 832 Spender in Deutschland registriert, mehr als im gesamten Vorjahr. Das hat die Deutsche Stiftung Organtransplantation (DSO) auf ihrem Jahreskongress in Frankfurt am Main mitgeteilt.

■ AKTUELLE GESETZGEBUNG

Neuaufgabe für den Krankenhaus-Strukturfonds

(16.11.18) Der Krankenhaus-Strukturfonds wird ab 2019 für vier Jahre verlängert. Dabei hat der Gesetzgeber das Spektrum der förderfähigen Projekte erweitert und den Anteil der Länder an der Finanzierung gesenkt.

■ PUBLIKATION

Blickpunkt Klinik: Qualität wird auf die lange Bank geschoben

(10.12.18) Viele Regelungen, die die Klinikreform von 2015 für mehr Qualität in der stationären Behandlung auf den Weg gebracht hat, werden noch Jahre brauchen, bis sie in der Versorgungswirklichkeit ankommen – oder scheitern ganz vor den Toren der Bundesländer. Prof. Josef Hecken, unparteiischer Vorsitzender des Gemeinsamen Bundesausschuss (GBA), begrüßt die öffentliche Diskussion zum Thema.

Qualitätsmonitor 2019: Klinik-Landschaft mit qualitativen Mängeln

(06.12.18) Das Wissenschaftliche Institut der AOK (WIdO) hat den Qualitätsmonitor 2019 veröffentlicht. Die neue Ausgabe analysiert die Wirkungen des Krankenhausstrukturgesetzes von 2016.

■ WEITERE INFORMATIONEN

Regelungen für ärztliche Zweitmeinungen in Kraft getreten

(13.12.18) Patienten haben seit Kurzem einen Rechtsanspruch auf eine ärztliche Zweitmeinung im Vorfeld einer empfohlenen Operation. Dies betrifft Eingriffe an den Gaumen- und/oder Rachenmandeln (Tonsillektomie, Tonsillotomie) sowie bei Gebärmutterentfernungen (Hysterektomien).

Gesundheitsforschung: Bund will personalisierte Medizin und Digitalisierung fördern

(12.12.18) Die Bundesregierung will in den kommenden zehn Jahren Forschungsprojekte im Bereich der Prävention fördern, neue Ansätze bei personalisierter Medizin oder digitalen Innovationen unterstützen und Forschungsstandorte wie Universitätskliniken strukturell stärken. Das hat das Kabinett Ende November mit dem neuen „Rahmenprogramm Gesundheitsforschung“ beschlossen.



12. Nationaler Qualitätskongress Gesundheit in Berlin

(04.12.18) Wie gelingt der Selbstverwaltung die Umsetzung der gesetzlich vorgesehenen Qualitätsmaßnahmen? Hat eine qualitätsorientierte Krankenhausplanung Einfluss auf das Versorgungsgeschehen? Werden Mindestmengen ein scharf gestelltes Steuerungsinstrument? Diese und weitere zentralen Fragen stehen im Mittelpunkt des 12. Nationalen Qualitätskongresses Gesundheit, der am 13. und 14. Dezember 2018 in Berlin stattfindet. Die AOK und das Wissenschaftliche Institut der AOK (WIdO) beteiligen sich mit mehreren Tagungsbeiträgen am Programm.

Kliniken gaben 2017 mehr als 90 Milliarden Euro aus

(13.11.18) Die Kosten der stationären Krankenhausversorgung sind im vergangenen Jahr von 87,8 Milliarden auf rund 91,3 Milliarden Euro gestiegen. Die Ausgaben der Kliniken wuchsen damit um 3,9 Prozent. Das teilte das Statistische Bundesamt mit.

Bundestag beschließt Pflegepersonal-Stärkungsgesetz

(12.11.18) Der Deutsche Bundestag hat am 9. November 2018 das Gesetz zur Stärkung des Pflegepersonals (PpSG) verabschiedet. Laut Bundesministerium für Gesundheit soll mit dem Gesetz spürbare Verbesserungen im Alltag der Pflegekräfte durch eine bessere Personalausstattung und bessere Arbeitsbedingungen in der Kranken- und Altenpflege erreicht werden.

Meldeformular für Engpässe bei Grippeimpfstoffen

(08.11.18) Das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) ruft Ärzte, Apotheker, Kliniken sowie Verbraucher auf, vermutete Engpässe bei Grippeimpfstoffen zu melden. Dafür steht ab sofort ein Online-Formular zur Meldung mutmaßlicher Engpässe von Impfstoffen bereit. Dadurch möchte das PEI Erkenntnisse über die Ursachen von regionalen Lieferproblemen gewinnen, um zukünftig Versorgungsengpässe vorzubeugen.

■ AUSGABE 06/2018 VOM 18.12.18

Hier können Sie den Newsletter abonnieren oder abbestellen:

<http://www.aok-gesundheitspartner.de/bund/krankenhaus/newsletter/index.html>

AOK-Bundesverband

Rosenthaler Straße 31, 10178 Berlin

Datenschutzhinweis

Gemäß § 13 SGB I sind die Sozialversicherungsträger verpflichtet, die Bevölkerung im Rahmen ihrer Zuständigkeit aufzuklären.

Wir nutzen Ihre Daten ausschließlich zu dem von Ihnen gewünschten Zweck. Ihre Daten werden anschließend gelöscht.

Allgemeine Informationen zur Datenverarbeitung und zu Ihren Rechten finden Sie unter <https://aok-bv.de/datenschutz>